

Der Euro ist nicht das Problem

Die politische Linke in Deutschland ist auf dem Weg in eine ebenso unnütze wie problematische Debatte. Selbst bisherige Verfechter einer Korrektur der Geburtsfehler der Gemeinschaftswährung stellen nunmehr den Euro insgesamt in Frage. Eine Erwiderung.

Die Analyse ist unwidersprochen: Der Euro hat nicht zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union beigetragen, sondern dazu, dass sie sich auseinanderentwickeln. Um das zu überprüfen, genügt ein flüchtiger Blick auf die Wirtschaftsdaten aus Portugal, Spanien, Griechenland und anderen „Krisenländern“. Wer aber behauptet, dass mit der geordneten Abwicklung des Euro die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der EU quasi ohne weiteres Zutun umgekehrt werden könnten, übersieht oder verschweigt, dass diese Entwicklung von jenen so gewollt war und ist, die von der Einheitswährung profitieren – allen voran die deutsche Exportindustrie. Es hilft nicht, anstelle des Euro ein Europäisches Wechselkurssystem vorzuschlagen, das – gekoppelt mit Kontrollen für Kapitaltransfers – die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft Deutschlands bremsen soll. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse ist ja gerade die Voraussetzung dafür, dass die Vorschläge überhaupt eine Umsetzungschance haben sollten. Dann könnte es vielleicht gelingen, ein funktionierendes Wechselkurssystem einzuführen, die Zentralbanken der beteiligten Länder und den wahrscheinlich nötigen Nachfolger der Europäischen Zentralbank darauf zu verpflichten, die beteiligten Währungen in diesem System stabil zu halten, übermäßige Wechselkursschwankungen zu verhindern und die Folgen von Devisenspekulationen abzufedern. Nichts spricht angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse in der EU für den Erfolg einer solchen Perspektive.

Es stellt sich mithin die Frage, ob wir statt einer Großbaustelle – Umbau der Eurozone, Änderung der konkreten Politik – eine zweite Großbaustelle eröffnen wollen: Auflösung der Eurozone gegen alle existierenden politischen Widerstände, Konstruktion eines emanzipatorischen Projekts gegen nach wie vor vorherrschende Marktgläubigkeit, Ausstattung einer oder mehrerer Zentralbanken mit dem Mandat der Staatsfinanzierung. Verhungert dieser Versuch auf halber Strecke, dürfte die Situation für alle Beteiligten noch sehr viel schmerzhafter werden als die gegenwärtige: Länder wie Griechenland wären auf Jahre von den Finanzmärkten abgeschnitten, ihre wieder eingeführte nationale Währung würde massiv abwerten, damit würden Exporte erheblich billiger, Importe aber nahezu unbezahlbar teuer: Rohstoffe, Energie, Medikamente, von High-Tech-Produkten wie Computern oder Mobiltelefonen ganz zu schweigen, würden in kürzester Zeit kaum noch geliefert werden. Im Umkehrschluss würde die Exportindustrie in Deutschland zusammenbrechen und die bereits jetzt zu vernehmende Forderung, auch hierzulande müssten die Gürtel enger geschnallt werden, wäre mit sehr viel höherer Wahrscheinlichkeit zu erwarten als der systematische Umbau der Volkswirtschaft durch Stärkung der Binnennachfrage.

Das weiß selbstverständlich auch die deutsche und überhaupt die europäische Exportindustrie und die mit ihr verbundene Politik. Die (west)deutschen Kapitalisten haben nach dem zweiten Weltkrieg konsequent auf den Export als Basis ihres Wiedererstarkens gesetzt und tun das bis heute. Für den Erfolg dieser Strategie ist es essenziell, Zugang zu Weltgeld zu haben, das heißt, dass man zumindest erhebliche Teile seines Exports in eigener Währung abrechnen kann. Das war schon vor der Einführung des Euro für die BRD mit dem DM-Block gegeben, hat mit dem Euro aber einen deutliche größeren Umfang angenommen. Wie wichtig dies dem deutschen Kapital ist, zeigt eine Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl von 1997. Er hatte damals erklärt, sollte der Euro entgegen den Verabredungen doch nicht eingeführt werden, setze dies die „Frage von Krieg und Frieden in Mitteleuropa“ wieder auf die Tagesordnung.

Dieser Großmachtanspruch kann nicht mit Modellen eines ausgedachten Gleichgewichtskapitalismus bekämpft werden. Die deutsche Linke wird nicht darum herumkommen, Politik mitten in einem imperialistischen Land mit einem imperialen supranationalen Gebilde darum herum zu machen. Wenn wir die Verhältnisse in Europa – und weltweit – im Interesse einer sozialen Zukunft für alle verändern wollen, dann dürfen wir nicht auf falsche Bündnispartner setzen. Die aggressivsten Vertreter deutscher Großmachtinteressen warten nur auf einen Zerfall der Eurozone, um völlig ungehindert und ohne jede Rücksicht auf europäische Partner ihren Weg gehen zu können.

Selbstverständlich bedeutet auch der Umbau der existierenden Eurozone das Bohren dicker Bretter, aber all die Themen, die dort zu bearbeiten sind, wären es auch nach Auflösung der Eurozone. Nur hätten wir es dann zusätzlich mit entfesselten Nationalismen zu tun.